

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

19.2.1924 (No. 42)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Umb, Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 3,50 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassensrabatt gilt und vorbehalten werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anstehende Angelegenheiten sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagererhebung, zwangsweiser Verbreitung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Exzesse, Auspöcherung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen.

Gemeindeweise Wirtschaftsberatung

Dr. Karl Müller, geschäftsführender Direktor der Badischen Landwirtschaftskammer

Die Landwirtschaftskammer hat seit zwei Jahren eine Wirtschaftsberatung eingeführt, welche den Zweck hat, landwirtschaftliche Betriebe aller Art auf geübteren Wunsch hin planmäßig über Steigerung der Erträge und der Rentabilität der zu ergreifenden Maßnahmen zu beraten. Eine große Anzahl von landwirtschaftlichen Betrieben hat von dieser Einrichtung Gebrauch gemacht; es sind dies aber insbesondere größere Hofgüter. Dagegen konnte sich bis jetzt die Wirtschaftsberatung auf die große Masse der Landwirte namentlich auf die kleineren und mittleren Betriebe nicht ausdehnen. Auf den größeren Gütern hat sich diese Einrichtung gut bewährt; es sind anerkanntermaßen sehr gute Erfolge erzielt worden. Das beweist schon das Wachstum der Zahl der Güter, die in die Wirtschaftsberatung der Landwirtschaftskammer aufgenommen worden sind. Bei der großen Besitzersplitterung in Baden kann aber bei uns ein allgemeiner Erfolg nur erzielt werden, wenn auch die mittleren und kleineren Betriebe für die Ergreifung zeitgemäßer Maßnahmen zur Produktionssteigerung, wie sie die Wirtschaftsberatung bietet, gewonnen werden. Dazu kommt, daß die größeren Güter in der Regel schon von Bewirtschaftern geleitet werden, welche an und für sich eine größere Fachausbildung genossen haben und deshalb auf eine Beratung durch andere Sachverständige nicht oder weniger angewiesen sind.

Gewiß gibt es auch unter den mittleren und kleineren Landwirten glücklichere Landwirte genug, welche an sich auf Grund ihrer Erfahrungen und Ausbildung einer Wirtschaftsberatung nicht bedürfen. Man trifft aber häufig, daß gerade solche besonders befähigte Landwirte erst recht hören wollen, was man ihnen zur weiteren Verbesserung ihrer Wirtschaft raten und vorschlagen kann. Sie sagen sich mit Recht: Es kann nichts schaden, wenn ich den Rat eines in der Wirtschaftsberatung erfahrenen Sachverständigen höre; man kann nie genug lernen und wenn man nur einiges davon mit Vorteil anwenden kann, so ist unter Umständen schon viel nach vorwärts gewonnen. Dagegen verhält sich die große Masse der mittleren und kleineren Landwirte zur Wirtschaftskammer. Das Hindernis besteht nicht nur in einer gewissen Scheu und der Furcht vor der Kritik spottlustiger Nachbarn, sondern auch darin, daß die Wirtschaftsberatung in der Form, wie sie jetzt besteht, wegen der Kosten in kleineren und mittleren Betrieben Schwierigkeiten begegnet. Aber wie oben schon gesagt, kann ein allgemeiner größerer wirtschaftlicher Erfolg bei uns nur erzielt werden, wenn auch in den Betrieben der mittleren und kleineren Landwirte eine Produktionssteigerung erzielt wird. Die landwirtschaftliche Leistung liegt hier meistens noch sehr im argen. Vielleicht könnte man bei günstigerer Konjunktur diesem Zustand gleichgültig gegenübersehen; heute aber, wo die wirtschaftliche Lage für die landwirtschaftlichen Betriebe äußerst ernst ist, darf kein Mittel unterlassen werden, um vorwärts zu kommen. Gewiß müssen zur Beseitigung der derzeitigen üblen wirtschaftlichen Lage in erster Linie volkswirtschaftliche Maßnahmen allgemeiner Art ergriffen werden. Verständige und strebsame Landwirte werden sich aber nicht einseitig darauf verlassen, sondern suchen ihre Betriebe in ihrer Leistungsfähigkeit durch eigene Maßnahmen soweit wie möglich zu heben. Es ist möglich, durch rationelle Betriebsführung die Ackerbau- und auch die Wiesenenerträge mindestens um 50 Prozent gegenüber dem Durchschnitt zu erhöhen.

Die Milchleistung der Kühe läßt sich mit Sicherheit ohne erheblichen Mehraufwand in kurzer Zeit um 1000 Liter per Kuh und Jahr gegenüber dem Durchschnitt steigern. Dabei sind die Steigerungsmöglichkeiten noch lange nicht abgeschlossen. Ähnlich ist es auf andern Gebieten des landwirtschaftlichen Betriebes. Wirtschaften, die solche Mehrleistungen erzielen, kommen den andern voraus und werden die ungünstigen landwirtschaftlichen Konjunkturen viel leichter überstehen. Man wird einwenden: Aber woher nimmt man heutzutage die Mittel zu solchen Produktionssteigerungen? Gerade die Lösung dieser Frage, d. h. die Steigerung der Produktion nach wirtschaftlicher Möglichkeit ist die Hauptaufgabe der Wirtschaftsberatung. Es handelt sich also nicht nur um die Kenntnis der technischen Mittel, die Erträge zu steigern,

sondern vor allem um die Auswahl und Feststellung der geeignetsten Maßnahmen, ihres Tempos und Umfangs unter Berücksichtigung der gegebenen finanziellen und sonstigen wirtschaftlichen Bedingung. Das kann man aber nicht durch allgemeine Vorträge erzielen, sondern zur Lösung dieser Fragen muß man sich mit den betreffenden Landwirten beraten und das Vorwärtsprogramm auf die im einzelnen gegebenen Verhältnisse aufbauen. Gleichwohl erscheint es zweckmäßig und erfolgreich, die Wirtschaftsberatung für eine Anzahl von landwirtschaftlichen Betrieben innerhalb einer Gemeinde oder ihrer nächsten Umgebung gemeinsam durchzuführen. Man erreicht hierdurch nicht nur eine wesentliche Verbilligung des Kostenaufwandes der Wirtschaftsberatung, sondern vor allem auch einen umfangreicheren Erfolg.

Der Gang ist dabei etwa folgender: Sind in einer Gemeinde einige fortschrittliche Landwirte entschlossen, von der Wirtschaftsberatung der Landwirtschaftskammer Gebrauch zu machen, so wenden sie sich mit ihrer Absicht an andere in Betracht kommende Landwirte der Gemeinde, um die erforderliche Zahl von 20 Betrieben mit mindestens 100 ha zusammenzubringen. Es erfolgt hierauf die Anmeldung bei der Landwirtschaftskammer. Letztere wird einen Termin vereinbaren, zu dem die Antragsteller und auch andere Landwirte, die sich allenfalls noch anschließen wollen, zusammengerufen werden. Der mit der Wirtschaftsberatung beauftragte Beamte der Landwirtschaftskammer wird alsdann das Wesen der Wirtschaftsberatung erklären und sofort mit derselben für die zum Mitmachen bereiten Landwirte beginnen.

Natürgemäß wird jetzt zunächst die Frühjahrssbestellung durchgenommen und dabei immer unter gegenwärtiger Aussprache festgestellt, welche Verbesserungen zunächst bei der Bodenbearbeitung, der Düngung, der Saat und der Unkrautbekämpfung sofort vorgenommen werden können. Selbstverständlich werden dabei die verschiedenen Bodenarten, die Fruchtfolge, das Vorhandensein von Ackergeräten und Maschinen, die Möglichkeit der Verwendung von Stallmist und der verschiedenen Arten von Kunstdüngern, die Dichtigkeit der Saat und vor allem die für die Erzielung höherer Erträge in Betracht kommenden Sorten und Züchtungen besprochen.

Allein schon durch die zweckmäßigere Verwendung von Aufkultivatoren, Eggen und Walzen zum Zwecke guter Saatvorbereitung, Verhinderung der Verunreinigung und Erhaltung der Bodenfeuchtigkeit wird sich in den meisten Fällen schon ein erheblicher Fortschritt ohne jegliche Kosten erzielen lassen.

Auch bei der Düngung werden sich allein schon durch rationelle Anpassung ihrer Zusammensetzung und Auswahl an das besondere Bedürfnis der zu düngenden Pflanzen und die finanzielle Möglichkeit der Düngerbeschaffung weitere Vorteile erzielen lassen. Noch mehr kommt das in Betracht durch die Ersparnis an Saatgutemengen und die Verwendung passender Sorten und Züchtungen.

In ähnlicher Weise spricht man alsdann die Behandlung der Wiesen und überhaupt den Futterbau durch. Zahlreiche Fragen werden im Anschluß hieran aufgerollt und es wird ein Hauptkernstück des Wirtschaftsberaters sein, sich bei der ersten Beratung auf das Wichtigste und am raschesten Erfolg Versprechende zu beschränken und dabei wird es zweckmäßig sein, die Betriebe der der Wirtschaftsberatung beigetretenen Landwirte selbst kennen zu lernen, also die Gehöfte und später auch die Grundstücke selbst zu besichtigen, um mit ihnen an Ort und Stelle die zu ergreifenden Maßnahmen durchzusprechen. Zum allerdringlichsten gehört hierbei auch die Steigerung der Erträge der Viehhaltung, insbesondere der Milchergiebigkeit der Tiere. Diese liegt bei uns ganz besonders im argen und läßt sich in gewaltiger Weise verbessern. Dann kommt der Schweinebestand, der Pferdebestand und hierbei namentlich auch die Fütterung u. a. Soffentlich fallen bis dorthin die Schranken, welche bis jetzt noch die Landwirtschaftskammer von der Ausübung der Förderungstätigkeit auf dem Gebiete der Rindviehzucht, Pferdezuucht und des Weinbaues abhalten; denn jedermann wird einsehen, daß die Wirtschaftsberatung nicht vor den Ställen Halt machen kann.

Nach dieser ersten grundsätzlichen Beratung wird der Wirtschaftsberater im Sommer, wenn alles in Vegetation steht, wieder kommen, um mit den betreffenden Landwirten im Felde selbst den Stand der Kulturen zu besichtigen, und auch hierbei wiederum auf die weitere zur Verbesserung der Wirtschaft zu ergreifenden Maßnahmen

für die Herbstsaat und Winterbestellung hinzuweisen.

Außer dem Wirtschaftsberater der Landwirtschaftskammer wird nach Möglichkeit jeweils der zuständige Landesökonomierat beigezogen werden, der in der Zwischenzeit die Befolgung der Anordnungen beobachtet und diese ergänzt.

Ist einmal die Wirtschaftsberatung in einer solchen Gemeinde über die ersten Anfänge hinaus, so geht es auch an die Spezialkulturen: Obstbau, Weinbau, Laubbäume und andere Förderungsgebiete. Voraussetzung für den Erfolg ist natürlich, daß der Wirtschaftsberater das Vertrauen der betreffenden Landwirte erwirbt und praktisch planmäßig und unter steter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit der vorzuschlagenden Maßnahmen vorgeht. Der Wirkungskreis ist groß, um so ausdehnbarer aber auch die Arbeit. Es wird nicht bei den Fortschritten der der Wirtschaftsberatung angeschlossenen Betriebe verbleiben. Sobald die Erfolge sichtbar sind, werden auch die anderen Landwirte nachkommen.

Es wird alsdann auch an die Lösung anderer Aufgaben gehen, wie die Bewirtschaftung des Allmendlandes, die Fragen der Ent- und Bewässerung, Feldvereinerung, genossenschaftlicher Entwicklung u. a.

Die Kosten der Wirtschaftsberatung sollen grundsätzlich von den beteiligten Landwirten selbst getragen werden; sie werden aber so mäßig wie möglich gehalten werden und umso kleiner ausfallen, je mehr Landwirte und Flächen in einer Gemeinde angeschlossen werden.

Wenn der beteiligte Landwirt nicht die Überzeugung gewinnt, daß die Wirtschaftsberatung so viel wert ist, als was sie ihn kostet, dann ist sie zwecklos. Es wird in der ersten Zeit an geeigneten Personen zur Wirtschaftsberatung fehlen, umso mehr werden diejenigen einen Vorsprung erhalten, welche sich zuerst melden. Niemand braucht sich im voraus zu binden; jeder kann sich vorbehalten, erst nach dem einleitenden Vortrag, also in der ersten Versammlung, beizutreten. Auch für die Beigetretenen wird außer der Verpflichtung, anteilig die Kosten zu tragen, die in ihrer Höhe je nach dem Umfang der Beteiligung im voraus festgesetzt werden können, keinerlei Zwang auferlegt. Alle Beteiligten mögen nach ihrer eigenen Überzeugung und nach ihrer wirtschaftlichen Möglichkeit durch Befolgung der Maßnahmen ihre Vorteile suchen. Gelingt es aber durch dieses Mittel, zunächst in einzelnen Gemeinden vorwärts zu kommen, so werden andere bald nachfolgen und die Wirkung auf die Hebung der Produktion wird nicht ausbleiben. Andernfalls bleiben wir, wie Jahrzehnte bereits gezeigt haben, gegenüber den größeren Wirtschaften und im Vergleich zu anderen Staaten zum großen Schaden unserer eigenen Versorgung und Volkswirtschaft rückständig.

Die Wahlen in Mecklenburg-Schwerin

Nach den vorläufigen amtlichen Berechnungen haben bisher erhalten: Deutschnationale 87 908 (18 Mandate), Sozialdemokraten 67 810 (14 Mandate), Deutschvölkische 50 240 (12 Mandate), Kommunisten 42 456 (8 Mandate), Deutsche Volkspartei 23 470 (5 Mandate), Demokraten 11 312 (2 Mandate). Es ist möglich, daß bei Zusammenzählung der Reststimmen auch der Wirtschaftsbund noch ein Mandat erhält. Die Wahlbeteiligung war sehr groß; sie erreichte fast 96 Prozent.

Im alten Landtag hatten die Sozialdemokraten 28, die Deutschnationalen 15, die Deutsche Volkspartei 12, die Kommunisten 3, die Demokraten 3, die Wirtschaftspartei 2 Sitze.

Das Ergebnis der Wahlen ist ein großer Erfolg der Völkischen und Deutschnationalen. Die bisherigen Regierungsparteien Sozialdemokraten, Demokraten und Kleinbauern haben mit der Deutschen Volkspartei, die früher ebenfalls der Regierungskoalition angehörte, die Kosten bezahlt. Den stärksten Stimmenverlust weisen ohne Zweifel die Sozialdemokraten auf, die vor drei Jahren rund 138 000 Stimmen auf ihrer Liste vereinigten hatten und jetzt bestenfalls auf 70 oder 80 000 kommen. Aber auch die Deutsche Volkspartei dürfte gut die Hälfte ihrer Wähler eingebüßt haben, während die Demokraten zwar nicht so sehr an Stimmen verloren haben, aber wegen der größeren Wahlbeteiligung und der allgemeinen Verschiebung nach rechts hin noch einige ihrer wenigen Mandate einbüßen werden. Das Gesamtergebnis ist, daß die Völkischen mit den Deutschnationalen zusammen ungefähr die Hälfte der Stimmen und Mandate erhalten haben.

Um das deutsche Auslandsvermögen. Das schiedsgerichtliche Verfahren zwischen der deutschen Regierung und der Reparationskommission über die Auslegung des Artikels 260 des Versailler Vertrags ist, wie aus Paris gemeldet wird, nach fünfjährigen Verhandlungen in Paris beendet worden. Von einer Herausgabe von Aktien deutscher Gesellschaften mit dem Sitz in Deutschland ist keine Rede mehr.

Die Sachverständigen-Denkschrift

Der Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35 stellt uns aus der Denkschrift der Reichsregierung: „Deutschlands Wirtschaft, Währung und Finanzen“, die den in Berlin tätigen Sachverständigen-Ausschüsse der Reparationskommission übergeben worden ist, einen Auszug zum Vorabdruck zur Verfügung.

Deutschland vor dem Kriege

Die deutsche Volkswirtschaft zeigt in den Jahren vor dem Kriege alle Symptome der Gesundheit: starke Geburtenziffern, rapides Absinken der Sterblichkeit, einen Geburtenüberschuss von jährlich 800 000 Menschen, der zu 97 v. H. in der Heimat Arbeit und Nahrung fand. Die Rente der industriellen Arbeit war auch in diesem guten Zweig. Deutschland wurde von Jahr zu Jahr eine besserer Markt für den Absatz ausländischer Waren. Es war 1913 der beste Käufer Englands (abgesehen von seinen Kolonien) Russlands, Belgiens und Italiens, der drittbeste Käufer Frankreichs und der Vereinigten Staaten. Die Arbeitsleistung innerhalb der Volkswirtschaft, die der Eintritt Deutschlands in den Kreis der großen Handelsvölker bewirkt hat, ist diesen selbst nicht weniger als Deutschland zugute gekommen. S. 36.

Die Wirkungen des Krieges

An industriellen Rohstoffen hat Deutschland 26 v. H. der Steinkohlenproduktion verloren. Nach Abzug der Reparationslieferungen und des hohen Selbstverbrauchs standen der deutschen Wirtschaft an Stein- und Braunkohle nach der Entscheidung über Oberschlesien 30 v. H. weniger Kohle als vor dem Kriege zur Verfügung. Infolge der Reparationslieferungen hat Deutschland in demselben Maße, in welchem es vor dem Kriege Kohle ausgeführt hat, selbst Kohle einführen müssen. Seit einem Jahr sind weitere 76 v. H. der verbleibenden Stein-Kohlenproduktion durch die Ruhrbesetzung der deutschen Verfügung entzogen. Drei Viertel der Eisenerze, zwei Drittel der Zinlerze sind mit den Industriengebieten in Lothringen und Oberschlesien abgetreten worden. An die Stelle einer Mehrausfuhr des deutschen Erzgebietes von 660 000 Tonnen Roheisen im Jahre 1913 trat 1922 eine Mehreinfuhr von 140 000 Tonnen Roheisen. Die Mehrausfuhr von 690 000 Tonnen im Jahre 1913 ist 1922 durch eine Mehreinfuhr von 220 000 Tonnen ersetzt worden.

Die schwerste Einbuße aber hat Deutschland in seiner Arbeitskraft erlitten durch die unmittelbaren Folgen des Krieges durch Tod und Verwundung. Mehrere Millionen Menschen im besten Lebensalter verloren gegangen. Dazu kommt eine tiefgreifende politische Umwälzung, welche die Massen im Zusammenhang mit den Überanstrengungen des Krieges und der Unterernährung äußerst nachteilig beeinflusst hat. Die Entbehrungen der Nachkriegszeit haben eine Erholung von diesen Schädigungen verhindert. In den Folgen der Geldentwertung sind in den letzten Jahren aber auch die Mittelschichten des Volkes, der Boden für die geistige Arbeit, zugrunde gegangen. Die Ausbildung der Handarbeiter hat unter den Kriegsfolgen und dem materiellen Zwang zu frühzeitigem Geldverdienst gleichfalls schwer gelitten. Damit ist die Aussicht geschwunden, die alte Qualitätsarbeit in absehbarer Zeit wieder zu erzielen. Der Wert der deutschen Produktion ist daher auch um mehr als ein Drittel gesunken. S. 37 und 38.

Die Wirtschaftslage 1923

Der Rückgang des Reallohns hat die Leistungsfähigkeit der Arbeiter schwer beeinträchtigt. Bei der schlechten Ernährung und der wachsenden politischen Erregung gingen die Leistungen allgemein zurück.

Die Steigerung der Produktionskosten hat dazu geführt, daß der Absatz im Inland noch stärker zurückging, als die Ausfuhr, da bei der geringen Kaufkraft der Löhne die große Masse nicht mehr die dringendsten Bedürfnisse bestreiten konnte. Die Kaufkraft des gelernten Arbeiters betrug im Reichsdurchschnitt des Monats September nur noch 60 v. H. der Vorkriegszeit. In den Großstädten, wo sich die Wirkung der Geldentwertung auf die Preise schneller durchsetzte, war der Reallohn zum Teil bis auf 30 v. H. gefallen. Bis Ende Oktober haben sich dann die Lohnverhältnisse außerordentlich verschlechtert. So betrug der Reallohn eines Berliner Bauarbeiters Mitte Oktober nur noch 18 v. H., eines gelernten Berliner Buchdruckers gleichfalls noch 18 v. H., eines Bauers im Ruhrgebiet noch 33 v. H. des Vorkriegslohnes. Eine kurze Zeit im September verdiente der gelernte Holzarbeiter noch 24 v. H. seines Vorkriegseinkommens. Die Mittelschichten der Bevölkerung sind zum Teil noch schwerer betroffen worden. Die Beamtengehälter haben durchschnittlich 40 v. H. der Vorkriegsgehälter in den letzten Monaten nicht mehr überstiegen, ganz abgesehen davon, daß sie infolge der Not der Reichsfinanzen nur unregelmäßig ausgezahlt werden konnten. Fast ein Sechstel der deutschen Bevölkerung, darunter ein wesentlicher Teil des früheren Mittelstandes muß heute, abgesehen von der Arbeitslosigkeit, durch öffentliche Fürsorge erhalten werden. Kapital und Renten dieser Schichten sind durch die Geldentwertung vollkommen aufgezehrt worden. S. 41.

Die Stabilisierung

Unter der Voraussetzung daß die begonnene Stabilisierung der Währung durchgehalten wird, darf die Entwicklung der letzten Wochen als Übergang aus der Geldentwertungsphase zur Realisierungskrise mit der Aussicht auf allmähliche Gesundung der Wirtschaft angesehen werden. Wie es in dem Gutachten der Internationalen Finanzsachverständigen vom November 1922 angedeutet worden ist, hat Deutschland von sich aus, ohne fremde Hilfe und ohne endgültige Regelung der Reparationslösung abzuwarten, den ersten Schritt zur Stabilisierung getan. Die Grundlage der Stabilisierung, welche Deutschland aus eigenen Kräften angesichts des Verfalls seiner Wirtschaft herstellen konnte, ist indessen schmal. Die endgültige Durchführung ist ohne die Hilfe ausländischer Kreditfonds und ohne die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit nicht möglich. S. 43.

Zur Währungsfrage

Die scharfe Überwachung des Zahlungsmittelverkehrs und die Stilllegung der Notenpresse bilden zunächst einen Schutz gegen währungspolitische Gefahren. Das Reich befindet sich freilich in einer schwierigen Lage; denn die ihm von der Rentenbank zu gewährenden Kredite sollten ihm eine Atempause verschaffen, während davon der Ausgleich des Haushalts herbeizuführen wäre. Wenn gleich die Steigerung der Einnahmen einen befriedigenden Fortschritt nimmt, so ist doch die Lage kritisch, da der Kredit bei der Rentenbank in Höhe von 1200 Millionen Rentenmark bald erschöpft ist. Auf dem Gebiet der Einschränkung der Ausgaben und der Erhöhung der Einnahmen, ist alles geschehen, was geschehen konnte. Ein stärkeres Anziehen der Steuerstränge ist nicht möglich, da die geschwächte deutsche Wirtschaft die Last nicht mehr tragen könnte. Die namentlich durch die Inflation herbeigeführte Minderung der Substanz, also die Verarmung der deutschen Wirtschaft tritt in der dringenden Kapitalnot und in der herr-

schenden Kreditknappheit zu Tage. Wenn in einigen Wochen die Bilanzen der deutschen Kaufleute und Gesellschaften in Gold aufgestellt vorliegen werden, wird diese Verarmung zahlenmäßig zu greifen sein. S. 52.

Grundzüge des Haushalts 1924

Ausgaben	Geldmark
I. Allgemeine Reichsverwaltung	5072
II. Ausführung des Vertrages von Versailles	640
Summe der Ausgaben	5712
Einnahmen	5274
Fehlbetrag	438

Die Schätzung der Einnahmen geht davon aus, daß die Wirtschaftseinheit zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet in vollem Umfange wieder hergestellt ist, daß die Verwaltungs- und Steuerhoheit des Reiches und der beteiligten Länder in den besetzten Gebieten wieder besteht und daß die nach dem allgemeinen Reichs- und Landesbesetzen dort zu erhebenden Abgaben der öffentlichen Reichs- und Landesstellen aufstehen. Bei Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes würden die Einnahmen rund 650 Millionen weniger erbringen. In diesem Fall würden die Einnahmen noch nicht den unmittelbaren Reichsbedarf decken und es wäre eine Bilanzierung des Haushaltes auch bei völliger Streichung der Ausgaben für die Ausführung des Vertrages von Versailles unmöglich. S. 75 und 76.

Das Reich und Bayern

Rücktritt Kahr's und Lossow's — Eine Vereinbarung zwischen Bayern und der Reichsregierung

Aus München wird gemeldet, daß Generalstaatskommissar v. Kahr sein Amt niedergelegt hat. Mit ihm hat der bayerische Wehrkreis-Kommandant v. Lossow seinen Abschied eingereicht. Der Kommandeur der bayerischen Landespolizei Seiffers bleibt auf seinem Posten.

Gleichzeitig meldet WZ, daß zur Erledigung der sachlichen Streitpunkte zwischen dem Reichsregierung und der bayerischen Regierung über den Vollzug des Reichswehrgesetzes in den letzten Tagen zwischen beiden Regierungen folgendes vereinbart wurde:

Abereinstimmung besteht darüber, daß durch die Lösung des gegenwärtigen Falles die Bestimmungen der Reichsverfassung und des Wehrgesetzes über die Einheit des Reichsheeres und die Einheitlichkeit des Oberbefehls nicht berührt werden sollen.

In diesem Rahmen soll a) künftig auch bei der Abberufung des Landeskommandanten mit der bayerischen Regierung ins Benehmen getreten und dabei ihren begründeten Wünschen möglichst Rechnung getragen werden;

b) bei der Verwendung bayerischer Truppen außerhalb des Landes die bayerische Regierung möglichst vorher gehört und dabei den bayerischen Belangen die lückenlose Rücksicht zuteil werden, insbesondere hinsichtlich der inneren Sicherheit des Landes;

c) die Eidesformel der gesamten Wehrmacht zur Vermeidung von Zweifeln künftig folgende Form erhalten: „Ich schwöre Treue der Verfassung des Deutschen Reiches und meines Heimatlandes und gelobe, als tapferer Soldat mein Vaterland und seine gesetzmäßigen Einrichtungen jederzeit zu schützen und dem Reichspräsidenten und meinen Vorgesetzten Gehorsam zu leisten“.

Durch vorstehende Vereinbarung wird der Behandlung weitergehender, in der bayerischen Denkschrift enthaltenen Wünsche nicht vorgegriffen.

Durch die Vereinbarung ist das Einvernehmen zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Staatsregierung wieder hergestellt und die Inpflichtnahme des bayerischen Teiles der Reichswehr auf die bayerische Regierung vom 22. Oktober 1923 entfallen.

Eine Erklärung des Generalstaatskommissariats

Zum Rücktritt des Herrn v. Kahr gibt das Generalstaatskommissariat, wie weiter aus München gemeldet wird, bekannt: „Der Landtag hat in diesen Tagen mit der Staatsregierung eine Regelung vereinbart, die in die vollziehende Gewalt tief eingreift und eine Teilung derselben zwischen Generalstaatskommissariat und Staatsministerium vorsteht. Diese Teilung der vollziehenden Gewalt hält der Generalstaatskommissar für praktisch undurchführbar und vom Standpunkt der Sicherheit des Landes aus für höchst bedenklich. Unter diesen Umständen kann der Generalstaatskommissar die Verantwortung für die Fortführung des ihm seit dem 26. September 1923 anvertrauten Amtes nicht mehr tragen. Er hat sich daher veranlaßt gesehen, dieses Amt am 17. Februar in die Hand des Gesamtstaatsministeriums zurückzugeben. Dr. v. Kahr hat in dem Schreiben an die bayerische Staatsregierung dem herzlichen Wunsch Ausdruck gegeben, daß die scharfen Gegensätze, die heute noch unser öffentliches Leben erschüttern, sich allmählich ausgleichen möchten und daß sich alle nationalen Kräfte über Persönlichkeiten hinweg im Dienste für den Staat auf dem Wege zusammenfinden, der zur Wiedergeburt und Erhaltung des deutschen Volkes sowie zu einer glücklichen Zukunft unseres Vaterlandes führen möge; denn der einzelne Staatsbürger könne sein wahres Glück doch nur im Glück des Staates finden.“

Zu der Beilegung des Konfliktes zwischen Bayern und dem Reich schreibt die amtliche „Bayerische Staatszeitung“:

„Die Frage der Abberufung des bayerischen Landeskommandanten, die künftig nur mehr im Einvernehmen mit Bayern erfolgen solle, sei der Ausgangspunkt des Konfliktes gewesen. Die Bestimmung, daß bayerische Truppen in Zukunft nur nach vorheriger Anhörung der bayerischen Regierung außerhalb Bayerns verwendet werden dürfen, sei eine der Forderungen der bekannten bayerischen Denkschrift zur Revision der Reichsverfassung. Das Abkommen sei deswegen besonders begründenswert, weil es bei ihm weder Sieger noch Besiegte gebe.“

Wie die „Bayerische Staatszeitung“ erfährt, wird an Stelle von Lossow voraussichtlich Generalleutnant Krefz die Führung der gesamten bayerischen Reichswehr übernehmen.

Eine Anfrage des amerikanischen Hilfskomitees. Wie die „Voss. Zig.“ mitteilt, hat das amerikanische Hilfskomitee des Generals Allen an seine Berliner Vertretung die Frage gerichtet, was Herr Stinnes bisher zur Bänderung der deutschen Not getan habe. Das Allen-Komitee, das weitesten Kreisen Deutschlands durch seine Speisekarten, Geld- und Lebensmittelausgaben für Arbeitslose und Minderbemittelte bekannt geworden ist, erwartet von seinem Berliner Bevollmächtigten eine umgehende und erschöpfende Antwort auf die von ihm gestellte Frage.

Die Lage in der Pfalz

Die Pfalz separatistischer

Im Laufe des Samstag nachmittags, während der Nacht und teilweise noch am Sonntag, haben die Separatisten überall die Pfalz verlassen. In mehreren, von den Franzosen gestellten Zügen, sind sie nach Bittsch abtransportiert worden. Von den Geiseln und sonstigen Verhafteten sollen sie einige mitgenommen haben, die Mehrzahl ist freigelassen worden. Am Montag war die gesamte Pfalz wieder frei von den Separatisten!

Die Pfalzverhandlungen

Das Spezialkomitee der Rheinlandkommission beabsichtigt laut „Pfalz Rundschau“ wieder abzureisen, nachdem es seine Tätigkeit als beendet ansieht. Die weiteren Verhandlungen sollen zwischen dem General de Mes und dem Kreisaußenminister Regiering direktor Stähler stattfinden, gepflogen werden. Es handelt sich um die Frage der Rückkehr der während des passiven Widerstandes ausgewiesenen Beamten. Die bayerische Behörde hat zunächst ihren Sitz im Gebäude der Oberpostdirektion und wird von hier aus die Amtsräume des Regierungsgebäudes wieder beziehen.

Ein Schritt Macdonalds in München

Wie verschiedene Blätter berichten, soll sich der englische Premierminister durch Generalkonsul Glive an den bayerischen Ministerpräsidenten von Aniling gewendet haben. Es sei von englischer Seite dem bayerischen Ministerpräsidenten nahe gelegt worden, auf die in der Pfalz tätigen österreichischen Verbände dahin einzuwirken, daß jede Gewalttat nach Möglichkeit von ihnen vermieiden wird, um die französische Regierung jeden Vorwand zu nehmen, die volle Wiedereröffnung der deutschen Verwaltung unter Berufung auf blutige Unruhen, die von den Alliierten unterdrückt werden müßten, hinauszuschieben. Dazu wird aus München gemeldet:

Diese Anregung ist sehr reichlich erwidert worden. Aus innen- und außenpolitischen Gründen aber glaube man ihre Folgen geben zu sollen. Die Ereignisse in Birmasens seien nicht künstlich herbeigeführt, vielmehr ein naturnotwendiger Ausbruch des bis aufs Blut gepöbelten pfälzischen Volkes gewesen, das monatelang nach allen Seiten verzehrend seine Hungerfelle in die Welt geschickt hatte. Als die Unterdrückung durch den separatistischen Bolschewismus immer unerträglich wurde, seien nicht die nationalistischen Verbände, sondern Arbeiter der Birmasenser Schußfabriken zur Tat geschritten. Wenn die bayerische Regierung eine Einwirkung versucht hätte und es wäre dennoch zu einer weiteren Gewalttat gekommen, dann hätte Frankreich einen Vorwand gehabt, zu erklären, die bayerische Regierung sei in der Pfalz ohne Autorität und es müsse eine Neuordnung Pfalz greifen. Die Unterlassung einer Einwirkung bedeute also nicht, daß die bayerische Regierung etwa Gewalttätigkeiten billige. Man habe daher Glive gesagt, es müsse vor allem dafür gesorgt werden, daß die Franzosen in der Pfalz eine andere Politik betreiben. Man erkläre, Glive könne nicht den Eindruck gewonnen haben, daß die bayerische Regierung nicht gegen den veranimatorischen Chauvinismus einschreiten wolle.

Verhaftungen in Birmasens

In Birmasens wurden 28 Bürger, darunter Amtsgerichtsrat Müller, und fünf Industrielle von den Franzosen verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert. Das gegenüber dem Bezirksamt liegende Haus des Fabrikanten König wurde von der Besatzungsbehörde beschlagnahmt und ein Posten davorgestellt, weil beim Verlassen der Separatisten aus diesem Haus auf das Bezirksamtgebäude geschossen worden sein soll.

Die Bevölkerung von Birmasens hat durch die Funktion eines Hunger auf die Welt geschickt, den sie mit dem internationalen Hungerzeichen SOS (Save our Souls — Rettet unsere Seelen) überschreibt: „SOS. Während Separatisten in der Pfalz monatelang ungestraft plünderten, rauben und mordeten durften, werden jetzt in Birmasens alleingewiesene Bürger von der französischen Polizei ins Gefängnis geworfen und mißhandelt. Hunderte müssen fliehen aus Furcht vor Rache der Franzosen. Dies alles geschieht nur deshalb, weil sich die Bevölkerung in verzweifelter Notwehr des separatistischen Gefühls entledigt hat. Die Erregung ist ungeheuer! Rettet Birmasens!“

Politische Neuigkeiten

Dr. Schacht in Paris

Die beiden Sachverständigenausschüsse der Reparationskommission haben am Montag wieder in Paris ihre erste Sitzung abgehalten. Der erste Ausschuss unter dem Vorsitz des General Daves beschäftigte sich mit der Frage des Ausgleichs des deutschen Budgets. Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der wieder in Paris angekommen ist, wird am heutigen Dienstag von dem ersten Ausschuss vernommen werden. In Paris ist außer dem Staatssekretär Fischer auch Staatssekretär Bergmann zu Besprechungen mit den Sachverständigen eingetroffen.

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstags

machte am Montag Reichsaussenminister Dr. Stresemann eingehende Mitteilungen über die Lage: Er sprach einleitend über die durch die Beratungen der Sachverständigenkomitees aufgeworfenen Fragen und behandelte dann das Problem des gegenwärtigen Standes der Räumungsverträge, sowie die Fragen der Besatzungskosten und des Recovery-Akts. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen gerührte er das Völkerverständnis und die Stellung Deutschlands zum Völkerverbund, worauf er zur Frage der Militärkontrollen überging und dann die Verhandlungen schilderte, die einen modus vivendi in bezug auf Rhein und Ruhr und auf die neue Regelung in der Pfalz anstrebten. Zum Schluß wurde der deutsch-amerikanische Handelsvertrag in eingehender Darlegung erörtert.

In der darauf folgenden Diskussion nahmen zunächst die Abgeordneten Dr. Köhler (Dn.), Graf Bernstorff (Dem.) und Dr. Breitscheid (Soz.) das Wort. In der weiteren Aussprache beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Helfferich (Dn.), Dr. Dernburg (Dem.), Dauch (Soz. Vp.) und Kaas (Dn.).

Dann nahm der Minister für die besetzten Gebiete Dr. Hoff das Wort, um über die neuen, besonders hohen Anforderungen der Besatzungstruppen für Kasernenbauten nähere Mitteilungen zu machen. Diese Mittel, die allein auf westfälischen Gebiete Millionensummen erreichen, könne das Reich nicht flüssig machen. Die Reichsregierung sei nach die vor bemüht, einen Ausweg im besetzten Gebiete mit den Besatzungsmächten bezüglich des Verkehrs zwischen besetzten und unbesetzten Gebiete, der Fälle, der Eisenbahnen, der Postungsmittel usw. zu finden. Leider hätten die Bemühungen, die 140 000 Ausgewiesenen zurückzuführen und die 1500 Gefangenen zu befreien, keinen nennenswerten Erfolg gehabt.

Besonders ungünstig sei die Lage der bei der Eisenbahnregie beschäftigten Beamten und Arbeiter.

Dann folgten noch längere Ausführungen des Reichsberlechnungsamts.

Der Reichstag

Wie gemeldet, am morgigen Mittwoch wieder zusammenzutreten. Mittwoch und Donnerstag sollen der Erörterung kleinerer Vorlagen und der Pflanzinterpellation gewidmet sein. Für Freitag und Samstag werden das Postfinanzgesetz und Anträge der Geschäftsordnungs-Kommission auf die Tagesordnung gesetzt werden. Am Montag folgen dann Anträge auf Aufhebung und Verordnungen, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes ergangen sind, sowie die erste Lesung des Notstands. Die Debatte darüber wird die Reichsregierung mit einer Erklärung über die Handhabung des Ermächtigungsgesetzes einleiten. Daran wird sich dann eine allgemeine politische Ansprache schließen. Von den Anträgen auf Aufhebung von Verordnungen liegt bisher nur der Antrag der Deutschnationalen über die Aufhebung der Personalabgabenverordnung vor. Im übrigen werden Anträge auf Aufhebung von Verordnungen erst in den einzelnen Fraktionen vorbereitet. Der Ministerialrat ist sich darüber einig geworden, daß eine Wänderung des Reichstagswahlgesetzes aus technischen Gründen vor den Reichstagswahlen nicht mehr möglich ist.

In den letzten Wochen ist wiederholt das Gerücht aufgetaucht, daß die Reichsregierung vom Reichstag eine Verlängerung oder Erneuerung der Vollmachten verlangen werde, die sie in dem Ermächtigungsgesetz erhalten hatte. Das Gerücht selbst hat, wie man weiß, am 15. Februar seine Geltung verloren. Wie die „Frankf. Ztg.“ jedoch hört, denkt die Reichsregierung nicht daran, vom Reichstag eine Erneuerung des Ermächtigungsgesetzes zu verlangen, nachdem sie in der letzten Woche noch in der Lage war, ein ganzes Bündel von Verordnungen unmittelbar vor Torschlusß unter Dach und Fach zu bringen.

Übertragung der Fürsorgeaufgaben an die Länder

Durch die dritte Steuernotverordnung wird mit Wirkung vom 1. April 1924 an die Fürsorgeaufgaben, die bisher zu Lasten des Reiches durchgeführt wurden, den Ländern unter gleichzeitiger Zuweisung von Steuermitteln übertragen. Die heute erscheinende Verordnung über die Fürsorgepflicht überträgt die Durchführung dieser Aufgaben, insbesondere diejenige der Sozial-, Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Fürsorge, sowie die Fürsorge für die Sozial- und Meinentrenten, den Fürsorgeverbänden, die von den Ländern zu bilden sind, die Rentenversicherung für Kriegshinterbliebene und die Heilberufung bleiben nach wie vor Sache des Reiches, die Sozialversicherung Sache der Versicherungsträger. Die Verordnung wirkt mit Nachdruck darauf hin, daß die Beteiligten wie bisher bei der Durchführung der Fürsorge herangezogen werden. Um die Schwierigkeiten in der Übergangszeit zu erleichtern, gemährt das Reich den Ländern Zuschüsse, nötigenfalls auch Vorzuschüsse.

Die „Christlich-soziale Volksgemeinschaft“ im Rheinland

Dem „Vorwärts“ zufolge fand in Essen eine Rundgebung der kürzlich gegründeten „Christlich-sozialen Volksgemeinschaft“ statt, die zum Teil aus bisherigen Mitgliedern der Zentrumspartei besteht und vor allem aus einigen rheinischen Stadt- und Landgemeinden besteht. Die „Vorwärts“ meldet, wandte sich der Hauptreferent der Versammlung, ein Arbeiter aus Dortmund, bei in einer einflussreichen Rede die Ziele der neuen christlichen Partei darlegte, in der Hauptsache gegen die sozialpolitische Haltung des Zentrums. Gleichzeitig habe er die reaktionären Bestrebungen der Deutschnationalen und die Schamachergeleitete der Schwerindustriellen gegeißelt. In der ungerechten Verteilung der Lasten sei auch vor allem der frühere Finanzminister Dr. Hermes schuldig.

Kurze Nachrichten

Der Parteitag der Deutschdemokratischen Partei wurde den Wählern zufolge jetzt endgültig auf den 5. und 6. April angesetzt, und zwar soll er in Weimar stattfinden. Ein italienischer Vorstoß in Nordafrika. Die Italiener befehligen die Dase von Ghadames an der Westküste von Tripolis. Sie beherrschen dadurch die Mündung der großen vom Tschadsee zum Mittelmeer führenden Karawanenstraße. Ein Arbeiterstreik ist in England ausgebrochen, von dem 120 000 Arbeiter betroffen sind. Der amerikanische Marineattaché Denby ist zurückgetreten.

Badisches Landestheater

Tannhäuser

Wiederum sah die Sonntagsvorstellung einen Gast auf unserer Bühne: Elisabeth Bergmann vom deutschen Nationaltheater in Weimar sang die Elisabeth in „Tannhäuser“. Ihr Sopran sticht sich auf gute Mittel, rein gefangenschaftlich sprechen alle Register von der Sopranstimme bis zum Piano der mittleren Lage gut an, der Vortrag ist treffend und differenziert, auch das Spiel hält sich in hohen ethischen Grenzen, zumal die Erscheinung an sich sehr vorteilhaft wirkt. Man stand unter dem Eindruck einer künstlerisch wohl gelungenen und in der Charakteristik psychologisch wie stimmungsgemäßer Einzelheiten reichen Wiedergabe innerhalb einer sonst mittelmäßigen Aufführung. Rudolf Walbe als im ganzen sympathischer Vertreter der Tannhäuserpartei versagt im zweiten Akt infolge geprehter Konstellation und hartem Gaumenansatz ziemlich, wie überhaupt das Finale gerade dieses Aktes sehr bedenklich das Niveau recht undisziplinierter Singangsstreife. Die Ensemblebesetzung unbedingt einer Korrektur. Wilhelm Schöne leitete sonst mit Umsicht, allerdings hatten unsere leider viel zu schwach besetzten Geiger es mitunter schwer, sich tapfer gegen den Ansturm des Blechs zu behaupten. H. Sch.

Der Kampf um den Nordpol scheint in diesem Jahre von mehreren Expeditionen, insbesondere mit Luftfahrzeugen, neu aufgenommen zu werden. Es war daher begrüßenswert, daß der rührige Karlsruher Luftfahrt-Verein dieses Thema aufgriff und in dem Klimatologen Dr. Fr. Gautier-Herrenalb einen Gelehrten fand, der in seinem Vortrag: „Mit Schiff und Schlitten zum Nordpol“ eine eingehende Schilderung der nordischen Natur und Bevölkerung gab, wobei Norwegen, Spitzbergen und Grönland auch im Lichtbild gezeigt wurden. Dann ließ er eine Bemerkung und Darstellung der zahlreichen älteren und neueren Nordpol-Expeditionen folgen und betonte die Rolle der oft tragischen Schicksale, aber auch die Erfolge für die Wissenschaft, deren bedeutendste Kristoff Nansen auf seiner Fahrt durch Nacht und Eis 1893-96 erzielte. Nach Nansen war die Erreichung des Poles selbst nur noch mehr spirituelle Aufgabe. Für die Wissenschaft war das nicht mehr so von Bedeutung. Im April 1909 gelang es dem Amerikaner Peary, der über reicher Erfahrungen von mehreren Grönland-Expeditionen her verfügte, den Pol auf einem Gewaltmarsch

Badischer Teil

Von der Schwarzwaldbahn

Die Arbeiten an der Schwarzwaldbahn sollen so rasch als möglich zur Vollendung gelangen. Die Regulierung des Nachbettes der Reichenbach ist zum großen Teil erfolgt. Der Bau der Eisenbahngewölbe über das Reichenbachtal bei der Station Hornberg soll ebenfalls so rasch als möglich vollendet werden. Die Arbeiten hieran werden wieder aufgenommen, sobald die Witterungsverhältnisse es erlauben. Um die Vorarbeiten für das dritte Geleise vornehmen zu können, wird jedenfalls schon in aller nächster Zeit ein einseitiger Betrieb über die alte Gitterbrücke eingerichtet werden, und zwar wird dieses dritte Geleise vom Stellwerk oberhalb der Station Hornberg bis zum nächstgelegenen Tunnel führen. Die Gitterbrücke selbst dürfte in diesem Jahr vollendet werden.

Landfriedensruder-Verhandlungen

DZ. Waldshut, 17. Febr. Bei den Unruhen im Wiesental im Sept. v. J. hatten die Arbeiter Wilhelm Kaser, Karl Huber und Friedrich Trefzger die Stillelegung der Gold- und Scheideanstalt in Rheinfelden erzwungen. Die Strafkammer Waldshut verurteilte Kaser zu drei Monaten und Huber zu 6 Wochen Gefängnis, während Trefzger freigesprochen wurde. Gegen die Arbeiter Vogler und Genossen, die wegen Amtsanmaßung gegenüber dem Bürgermeister von Rheinfelden angeklagt waren, hatte das Schöffengericht Säckingen verhandelt, die Staatsanwaltschaft aber Berufung eingelegt. Als Berufungsinstantz bestätigte die Waldshuter Strafkammer das Urteil des Schöffengerichts und sprach sämtliche Angeklagten frei.

Kommunale Rundschau

Aus dem Karlsruhe Stadtrat. Die nächste Bürgerauskunftsammlung soll am Donnerstag, dem 28. d. M., nachmittags 4 Uhr stattfinden. — Die Abteilung Wohnungsfürsorge des städtischen Rechnungsamtes wird mit Wirkung vom 15. Februar d. J. an aufgelöst. Die von ihr besorgten Geschäfte in Bezug auf die Erhebung der Wohnabgabe übernimmt das städt. Rechnungsamte.

Der Abbau in Mannheim. Im Mannheimer Stadtrat wurde der Plan der Verwaltungskommission für den organischen Abbau des Beamten- und Angestelltenpersonals bei den Verwaltungsbürokraten (innere Verwaltung, Wohlfahrtsämter, Bauämter und einige kleinere Ämterstellen) nach einigen Änderungen mit dem Ergebnis der Einsparung von 312 Bediensteten gegenüber dem Stand vom 1. November 1923 genehmigt. Die wenigen, noch ausstehenden Ämterstellen werden später behandelt. Nicht eingeschlossen sind die werbenden Betriebe (Werke und Straßenbahn). Auch die Arbeiterzahl, insbesondere bei der Straßenreinigung, bei der Stadtärztlern und beim Straßenbahnbau, soll auf dem Weg des Abbaus um 88 gemindert werden. Die Postabteilung des Tiefbauamtes wird nach Zurücksetzung des Stadtbauamtes Eisenlohr vorerst nicht befreit.

Pläne des Verkehrsvereins Freiburg i. Br. Der Verkehrsverein Freiburg hat für den kommenden Sommer die Veranstaltung von Gesellschaftsreisen in die Schweiz, nach dem Bodensee usw. vorgesehen, ferner die Abhaltung einer Oberbadischen Festwoche, in der Künstler Oberbadens zu Wort kommen sollen. Für den Herbst ist auch ein Winter- und Trachtenfest in Aussicht genommen, ferner eine Sportwoche. Die Stadtverwaltung soll gebeten werden, die Stadtparkanlagen auszuhäutern, im Stadtpark selbst ein Naturtheater einzurichten, sowie Schloßberg- und Wälderbeleuchtungen vorzunehmen. Auch verschiedene Ausstellungen werden beabsichtigt, so eine solche der Buchdruckerzeugnisse, von Industrieerzeugnissen des Schwarzwaldes usw.

Bürgerauskunft in Singen. Über die Finanzlage der Stadt erklärte Bürgermeister Dr. Kaufmann u. a., daß beabsichtigt sei, den Voranschlag für 1924 in aller kürzester Frist fertigzustellen. Wenn es auch nicht möglich ist, über den Voranschlag nähere Angaben zu machen, so könne doch das eine gesagt werden, daß er im großen und Ganzen nicht ungünstig sein werde. Von besonderer Bedeutung sei der Umstand, daß es gelungen sei, die Schulden der Stadt bis auf einen geringen Betrag von etwa 100 000 Mark abzurufen. Auch die Last der schweizer Milchschulden, die heute noch 251 000 Franken betrage, erscheine heute nicht mehr so unerträglich wie noch vor kurzem. Auch sonst habe sich das Bild gebessert; so falle beispielsweise der Zuschuß an die Realschule infolge der Erhöhung des Schulgebühre und der Verringerung der Beamtengehälter fast ganz fort.

zu erreichen, er mußte aber ebenso rasch, wie er gekommen, wieder zurückkehren. Nun sollen in diesem Jahre, wie der Vereinsvorsitzende bekannt gab, mit dem amerikanischen Zepelin-Zuschiff und mit 2 Flugzeugexpeditionen, von denen die von Amundsen deutsche Flugzeuge verwendet, erneut Vorstöße zum Pol gemacht werden. Über eine vorbereitende Flugzeugexpedition der deutschen Janters-Flugzeugwerke, die 1923 stattfand, wird am kommenden Freitag Hauptmann Fischer von Putzbrunn im Kongresshaus sprechen und dabei einen gewaltigen Eismeerfilm vorführen, der von dem von Spitzbergen aus gesteuerten Flugzeug aufgenommen wurde. Zum ersten Male wurde hier das Flugzeug in großer Stille zur Aufnahme eines wissenschaftlichen Filmes im Dienste der Menschheit verwendet.

Landestheater. Am heutigen Dienstag, den 19. Februar (Abonn. A 14) geht die „Drestie des Aischylos“, deren mächtigen Eindruck jede der bisherigen Wiederholungen aufs neue befestigte, zum fünften Mal in Szene. Am Donnerstag, den 21. Februar gelangt die Neuaufstellung von Goethes „Götter und Helden“ zur sechsten öffentlichen Aufführung. Als Götter gollert Dr. Harry Koberer vom Stadttheater in Steinhilber auf Anstellung für die nächste Spielzeit. Er ist berufen, eventuell den ausgeschiedenen Herrn Raschen zu ersetzen. Im weiteren Ausbau des klassischen Spielplans wird am Samstag, den 23. Februar Grillparzers Tragödie „Sappho“ nach fünfjähriger Pause neuinstudiert in Szene gehen. — Für die Festspielzeit befindet sich die Poste mit Gesang „Hymne an Paris“ von Heinrich Willen und Oskar Justinus in der Neubearbeitung von Toni Impeloven und Richard Weichert in Vorbereitung und soll am Samstag, den 1. März zur Erstaufführung kommen.

Dr. Ludwig Willner bringt im Programm seines diesjährigen Vortragabend, der kommenden Mittwoch, den 20. Februar, abends 8 Uhr, im Konzerthalle stattfinden wird, im ersten Teile Goethe in einer großen Anzahl von Gedichten zu Gehör. Es folgt Schiller mit mehreren Szenen aus „Don Carlos“. Eines der reizvollsten Radmetallstücke Ludwig Willners bildet den Abdruck: „Das Langensiedener von Gottfried Keller“. Die Kongressdirektion Kurt Knefelst läßt es sich immer wieder angelegen sein, Ludwig Willner in Karlsruhe populär zu machen, möge es ihr dieses Mal gelingen.

Aus der Landeshauptstadt

Gemeinsame Mahlzeiten in den Eisenbahn-Speisewagen. Die Mitropa hat sich nunmehr entschlossen, in den Speisewagen wieder die vor dem Kriege üblich gewesenen gemeinsamen Mahlzeiten zu festen Preisen allgemein einzuführen. Bezahlt werden Suppe, Fleisch oder andere Speisen, Fleisch mit Gemüse und Kartoffeln, Süßspeise oder Kompott. Der Festpreis beträgt für das einzelne Gedel M. 3.50, wobei das Bedienungsgehalt von 10 Prozent eingeschlossen ist. Dem Personal ist die Annahme von Trinkgeldern strengstens untersagt. Die Speisen werden nicht mehr vorgelegt, sondern wie in der Vorkriegszeit den Reisenden zur Selbstbedienung angeboten.

Postalisches. Die kleinste Zahlungseinheit im Zahlungsbereich mit der Post beträgt jetzt 10 Milliarden Papiermark. Postauftrags-, Nachnahme- und Postanweisungsbeträge, soweit sie auf Papiermark lauten, müssen also durch 10 Milliarden teilbar sein. Die Wertangabe bei Wertbriefen und Wertpaketen muß fortan allgemein in Rentenmark erfolgen. Für unversiegelte Wertpakete ist die Wertgrenze auf 100 Rentenmark festgesetzt worden.

Kupferfennig gleich Rentenpfennig. Eine Verordnung des Reichsfinanzministers, die im Reichsgesetzblatt erschienen ist, gibt endgültig bekannt, daß die Kupfermünzen der Vorkriegszeit den Rentenpfennigen gleichgestellt werden. Demzufolge sind die öffentlichen Kassen angewiesen worden, die alten Kupfermünzen zu gleichem Kurse wie die Rentenmarkpfennige in Zahlung zu nehmen. Für Nickel- und Silberstücke der Vorkriegszeit ist eine solche Gleichstellung nicht in Aussicht genommen.

Die Motorab-Deutschlandfahrt, die von Köln ausgehend über Frankfurt, Karlsruhe, Stuttgart, München usw. durch ganz Deutschland (3100 Kilometer) führt, hat am gestrigen Montag die Etappe Karlsruhe passiert. Von den 102 in Frankfurt gestarteten Fahrern kam als Erster der Aachener Rife an der Kontrollstation bei dem Etablissement Wöninger in der Kaiserstraße an. Bei einem Mittagmahl im Wöninger, dem als Vertreter der Regierung Regierungsrat Bötz und als Vertreter der Stadt Stadtrat Steinel anwohnten, sprachen der Vorsitzende des Motorclubs Karlsruhe, Eberhardt, und der Vorsitzende des Motorclubs Köln, Jodel. Der erste Fahrer hatte Frankfurt um 8.40 Min. verlassen. Die erste Maschine traf hier um 12.30 ein. In Karlsruhe meldeten sich im ganzen 92 Fahrer bei der Kontrolle. Zwei leichtere Unfälle außer mehreren Defekten sind auf der bisherigen Strecke zu verzeichnen. Nachmittags kamen die Fahrer in Stuttgart an, als erster um 3.20 Uhr wiederum Rife.

Kurze Nachrichten aus Baden

Nr. 7 des Badischen Gesetzes- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Notgesetz über die Änderung des Fleischsteuergesetzes vom 29. April 1886. Verordnungen und Bekanntmachungen: des Staatsministers: die Verhängung von Dienstgelbstrafen; des Finanzministers: die Erhebung von Gebühren für staatliche Prüfungen; des Ministers des Innern: die Gewährung von Entschädigungen bei Suchenverlusten; die Meldepflicht der Ausländer; Verkehr mit Kraftfahrzeugen; die Arzneitage; des Ministers des Kultus und Unterrichts: die Kosten der Verpflegung von Kranken in den psychiatrischen Kliniken in Heidelberg und Freiburg; des Justizministers: die Inkraftsetzung des reichsgesetzlichen Grundbuchrechts; über den Vollzug des Reichsgesetzes, betreffend die Unfallfürsorge für Gefangene; des Arbeitsministers: Vollzug der Reichsversicherungsordnung hinsichtlich der Krankenversicherung.

Von den badischen Hochschulen. Die Neuwahlen zum allgemeinen Studentenausschuss der Freiburger Universität hatten folgendes Ergebnis: Ring der katholischen Studenten 10 Sitze (bisher 8), Hochschulring deutscher Art 10 Sitze (bisher 11), Freie Hochschulgruppe 3 Sitze (bisher 4), Deutsche Freistudenten 2 Sitze (bisher 2). Der Privatdozent Dr. E. Herrigel in Heidelberg hat eine Verurteilung an die kaiserliche Tohoku-Universität in Japan, Sendai, als Professor der deutschen Philosophie erhalten. Gleichzeitig ist ihm eine Stelle an dem kürzlich von der japanischen Regierung begründeten Institut zur Pflege der Beziehungen zwischen östlicher und westlicher Wissenschaft angeboten worden. Wie man hört, reist Dr. Herrigel im März nach Tokio.

Der Badische Lehrerverein wird seine diesjährige ordentliche Vertreterversammlung vom 7. bis 9. April i. J. in Bad Freyburg abhalten. Die Tagesordnung sieht neben dem Tätigkeitsbericht, der Rechnungsablage, Satzungsänderungen usw. Vorträge über „Staatsrecht und Elternrecht auf dem Schulgebiet“ und über „Wirtschaft, Staat, Kultur“ vor.

Mannheim, 17. Febr. Zu der Anerkennung, welche die Dienste des Stadtschulrates Dr. Sidingen bei der Stadtverwaltung Mannheim gefunden haben, trat nun auch noch die Anerkennung der Universität Heidelberg durch Verleihung der Würde eines Ehrendoktors der medizinischen Fakultät.

Heidelberg, 17. Febr. Der Zweigauschuss Baden für deutsche Jugendherbergen hält seine diesjährige Hauptversammlung am 23. und 24. Februar im Lehrerseminar in Heidelberg ab.

DZ. Lahr, 16. Febr. Die Handelskammer Lahr hatte an die Reichsbahndirektion einen Antrag gerichtet, weitere Schnellzüge in Lahr-Dingenen halten zu lassen. Die Reichsbahndirektion hat es jedoch aus Sparungsgründen und im Interesse einer beschleunigten Durchführung der betreffenden D-Rüge abgelehnt, diesem Ersuchen Folge zu geben. Es ist indessen insofern eine Verbesserung ermöglicht worden, als eine Verringerung der Wartezeiten in Offenburg festgesetzt wurde.

DZ. Sillingen, 17. Febr. Die seit März vorigen Jahres von einer Freiburger Firma unmittelbar hinter dem Bahnhof Unterstrach durchgeführte Brigad-Korrektion ist nunmehr beendet worden. Die Brigad machte dort eine Riegung um eine Verquase, so daß der Fluß zweimal von der Schwarzwaldbahn überbrückt werden mußte. Da sich die Unterhaltungskosten für die beiden Brücken sehr hoch stellten, hat die Bahnerwaltung laut „Sillinger Volksbl.“ durch die Verquase einen Tunnel bohren lassen, um so der Brigad einen direkten unterirdischen Lauf nördlich der Bahn zu ermöglichen. Das alte Flußbett liegt jetzt trocken, das Wasser strömt nunmehr durch den 250 Meter langen, 4 Meter breiten und 2.80 Meter hohen Tunnel. Das Werk war nicht leicht durchzuführen, da sich die Bohrmaschinen durch harte Granit- und Kalksteinlagen hindurch arbeiten mußten.

DZ. Konstanz, 16. Febr. Auf einer kürzlich in Drogenz stattgefundenen Besprechung der Bodenseedampfschiffahrtsverwaltungen kam auch die Frage der Änderung der Fahrpreise der zweiten Schiffsklasse beim Anschließung dieser Preise an die vierte Klasse der Eisenbahn zur Sprache. Die Dampfschiffahrtsinspektion Konstanz teilt dazu noch mit, daß vom 17. Februar an die Monats-, Schulgebühre- und Wochenkarten das Doppelte der jetzigen Preise werden.

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen in Millionen Mark.

	19. Februar		18. Februar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	1 566 075	1 573 925	1 566 075	1 573 925
Kopenhagen	660 345	663 658	658 350	661 650
Italien	181 575	182 455	183 540	184 460
London	18 034 875	18 095 125	17 955 000	18 045 000
New York	4 189 500	4 210 500	4 189 500	4 210 500
Paris	177 555	178 445	183 540	184 460
Schweiz	726 175	731 825	730 170	733 830
Wien	121 695	122 305	121 695	122 305
Wien (100 Kronen)	59 351	59 649	59 351	59 649

Vom Devisenmarkt. Der französische Franken hat am Montag einen Rekordstand erreicht, 100 Franken für ein englisches Pfund. Der „Frankf. Btg.“ zufolge nimmt man in Berlin an, daß Frankreich auf Grund seines Bestandes in ausländischen Effekten kräftige Anstrengungen machen werde, um einen weiteren Frankenfall aufzuhalten, d. h. man gewärtigt eine verschärfte französische Effektenausfuhr. Beachtung verdient, daß jetzt der belgische Franken langsamer fällt als der französische. Auf der Berliner Börse sind die Devisenanforderungen weiterhin sehr erheblich. Dies bleibt unerklärlich, umso mehr, als eine korrekte Vereinstellung aller Währungen der Kundenschaft bei den Banken in Berlin und außerhalb voraussetzt. Die Markt lag am Montag im Ausland bei sehr ruhigem Geschäft nur noch unwesentlich unter der Berliner Parität: Aus Amsterdam kam sie mit 0,58%, aus London mit 19-19½, aus Zürich mit 1,25.

Seehafenausnahmetarif
Die Verkehrsabteilung der Handelskammer Karlsruhe teilt folgendes mit:
Nachdem am 26. Januar 1924 der Ausnahmetarif 42 für alle Güter der Tarifklassen A bis D zur Durchfuhr durch das deutsche Bollgebiet, die über See nach außerdeutschen Ländern ausgeführt werden oder über See aus außerdeutschen Ländern eingeführt worden sind, in Kraft getreten ist, wurde unterm 4. Februar 1924 der Ausnahmetarif 44 für

Stückgut der ermäßigten Güterklasse (Klasse II) und für Stückgut der allgemeinen Güterklasse (Klasse I) zur Ausfuhr über See nach außerdeutschen Ländern durchgeföhrt. Der Tarif findet unter folgenden Bedingungen Anwendung:

1. Frachtabzahlung für das volle wirkliche Gewicht, bei sperrigen Stückgütern für das einhalbfache des wirklichen Gewichts. Die Bestimmungen der allgemeinen Tarifvorschriften des Deutschen Eisenbahn-Gütertariffs, Teil I, Abteilung B, über Mindestgewichte sind anzuwenden.
2. Die Ausnahmetarife gelten nur für Sendungen, die von den Empfangsstationen, ohne dort weiter verarbeitet zu werden, innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Ablauf des Monats, in dem sie in den Empfangsstationen eingetroffen sind, über See nach außerdeutschen Ländern ausgeführt werden. Als Verarbeitung gilt nicht das Verpacken, Umpacken, Ummarken und Verpacken. Der Ausfuhr über See wird die Beförderung mit den Frachten in Barnemünde und Sahnitz Hofen gleichgestellt. Wird von einer Sendung ein Teil nicht ausgeführt, so wird für die ganze Frachtbefreiung die Inlandsfracht berechnet.

3. Die Frachttarife sind in der Spalte „Inhalt“ mit dem Vermerk: „Zur Ausfuhr über See nach außerdeutschen Ländern“ zu versehen. Enthalten die Frachttarife diesen Vermerk nicht, so wird die Fracht nach den regelrechten Tarifen geltenden Frachttarifen berechnet; eine nachträgliche Erstattung des Unterschieds zwischen der Inlands- und Ausfuhrfracht findet nicht statt.
Die Fracht wird für Stationen des Bezirks der Handelskammer Karlsruhe nach dem Säßen der Wagenladungsklasse A 6 berechnet.

Der Tarif gilt von und nach folgenden Stationen: Altona, Bracke (Oldb.), Bremen Hbf., Eila., Bremen Hbf., Bremen Hbf., Bremen Inlandshafen, Bremen Neustadt Hbf., Bremen Westbahnhof, Bremen Zollausfuhr, Bremerhaven Fischhalle, Bremerhaven Freihafen, Bremerhaven Inlandshafen, Bremerhaven Kaiserhafen, Luchhafen, Emden, Emden Luchhafen, Mensburg, Westemünde Fischereihafen, Westemünde Westemünde-Bremerhaven, Hamburg Hbf., Hamburg R.-W., Harburg Hbf., Harburg L.-E., Kiel, Königsberg (Pr.), Rostock, Rostock, Rostock, Sahnitz Hofen, Stettin Hbf., Stettin Freihafen, Warnemünde, Wilhelmshafen, Wilhelmshafen Inlandshafen.

Verschiedenes

Schweres Eisenbahnunglück.
Nach einer Mitteilung der Eisenbahndirektion Erfurt ereignete ein Filgüterzug München-Berlin bei Ludwigst. Die Brücke in die Tiefe. Während der Entgleisung sind mehrere Wagen des Zuges in Brand geraten. Drei Häuser unterhalb der Brücke, auf welche die Wagen stürzten, gerieten ebenfalls in Brand und wurden vollständig zerstört. Sie bilden mit den abgestürzten Wagen ein einziges Krümmersfeld. Drei Personen, darunter der Lokomotivführer, sind getötet worden. Von den Bewohnern der zerstörten Häuser scheint niemand um sein Leben gekommen zu sein.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.
Fakultät für Jerusalem.
In die Bezirksämter:
Das Spanische Konsulat in Jerusalem, dem ein deutscher Beamter beigegeben ist, ist ermächtigt, Sichtvermerke zu stellen nach Deutschland und durch Deutschland auszustellen. Die Grenzübergangsstellen sind zu verständigen.
Karlsruhe, den 16. Februar 1924.
Der Minister des Innern.
J. B. Deers.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.
Aus dem Bereich des Justizministeriums.
In den Ruhestand übergetreten:
Landgerichtsdirektor Karl Rieder in Konstanz.
Zurückgesetzt auf Ansuchen:
Oberaufseher Philipp Seifert beim Amtsgefängnis Eisingen.

Landeshauptstadt Karlsruhe

Opfertag und Treuefundgebung für die Pfalz

Männer und Frauen Karlsruhes!

Die ferndeutsche Pfalz, unser schönes Nachbarland mit seiner uns stammverwandten Bevölkerung schmachtet im furchtbaren Not und Pein. Unägliches erduldet sie um ihrer Treue zum deutschen Vaterlande willen. Treue um Treue! Wir wollen unseren pfälzischen Brüdern und Schwestern bezeugen, daß wir sie nicht vergessen und nicht verlassen. Wie im übrigen Deutschland, so wollen wir auch hier in Karlsruhe am Sonntag, den 24. d. Mts., einen Opfertag veranstalten, mit dessen Erträgen den unglücklichen Opfern der Fremdherrschaft in der Pfalz Hilfe gebracht werden soll.
Außerdem wollen wir in einer öffentlichen Kundgebung unseren Dank an die Pfälzer Bevölkerung für ihre prächtige deutsche Haltung in den Tagen schwerster Drangsal zum Ausdruck bringen.
Die Kundgebung wird am

Sonntag, 24. Februar d. J., vormittags 11¼ Uhr in der städtischen Festhalle

stattfinden.

Für die Mitwirkung haben sich freundlichst zur Verfügung gestellt

Ein Pfälzer als Redner,
Das Orchester des Badischen Landestheaters (Leitung: Operndirektor Frh. Cortolesi),
für die Orgel der Direktor des Badischen Konservatoriums Professor Heinrich Kaspar Schmid,
der Karlsruher Lehrergesangsverein (Leitung: Professor Schmid).

Ich lade die gesamte Bevölkerung hierzu ein. Eintritt frei.
Karlsruhe, den 19. Februar 1924.

Der Oberbürgermeister.
D.126

Zugänge: Ost- und Westseite der Festhalle und Hauptportal.

Erfahrener Bauingenieur (höherer Beamter s. D.) übernimmt Bearbeitung und Begutachtung von **Bebauungsplänen u. Verkehrsanlagen für Gemeinden und Private**. Anfragen unter D. 107 an die Expedition der Karlsruher Zeitung erbeten.

Jagd-Versteigerungen.
Wir machen die Herren Bürgermeister darauf aufmerksam, daß die süddeutschen Jäger (auch viele Fischer) durchwegs nur den „Deutschen Jäger“ (erscheint wöchentlich am Donnerstag) München lesen. Hunderttausende von Lesern in Stadt und Land. Jagd- und Fischereiverpackungen gehören darum in erster Linie in diese Zeitschrift (46. Jahrg.) Anschrift: Verlag „Der Deutsche Jäger“, München, Brienerstr. 9. D.7

Wir bauen eine große Fabrik
in der Gemeinde mit Bahnstation, die uns in Bezug auf Baugelände, Baumaterialien aller Art am besten unterstützt. Gemeinden, die Interesse an einheimischer **Industrie** haben, belieben ausführliche Eilofferten unter D 117 an die Expedition der Karlsruher Zeitung zu richten.

Vor
weiblich, Freitag abhandeln gekommen. Abgab gegen gute Belohnung **Mollstr. 7 I.** D.225

Bürgerl. Rechtspflege
a. Streitige Gerichtsbarkeit.
B.503. Freiburg. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Stahler & Co. in Sulzbach ist zur Annahme der Schlussrechnung des Verwalters Termin auf: Samstag, den 15. März 1924, vormittags 10 Uhr, vor dem Amtsgericht hier selbst bestimmt.

Bürgerl. Rechtspflege
B.469. Donaueschingen. Der Nachlaß des Gutsbesizers Josef Frank alt von Spüngen (†31. Okt. 1923) wird gemäß §§ 1975 ff BGB. verwaltet. Nachlassverwalter ist Bankvorstand Fesch in Donaueschingen.
Donaueschingen, 4. Februar 1924.
Notariat II als Nachlassgericht.

Verstorbene
Bekanntmachungen.
Die Beerdigungen beim Umbau des Hornberger Talüberganges im Bahnhof Hornberg an der Schwarzwaldbahn werden auf Grund der Verordnung des bad. Finanzministeriums vom 3. Jan. 1907 öffentlich vergeben. Die Massen betragen beiläufig: Fundamentausfuhr 8600 Kubikmeter, Felsausfuhr 200 Kubikmeter, Fundamentbeton 1800 Kubikmeter, aufgehender Beton mit Granitvorlaststeinen 6700 Kubikmeter, Füllbeton 6500 Kubikmeter, Granitbruchsteinmauerwerk 1600 Kubikmeter, Granitbruchsteingewölbe 1700 Kubikmeter, Mauerwerksabbruch 2000 Kubikmeter, Abbrechen alter vorhandener Eisenbrücken 510 Tonnen. Es kommen nur größere Leistungsfähige Unternehmungen in Betracht, welche Erfahrung im Massivbrückenbau besitzen. Bedingungen und Zeichnungen liegen bei unterzeichneten Stelle auf, wofür ein Ansuchen u. Zeichnungen, soweit der Vorrat reicht, gegen Entrichtung der Erstellungslosten abgegeben werden. Kein Verfaß nach ausräcks. Einreichung der Angebote portofrei mit der Aufschrift: „Hornberger Talübergang“ an uns bis 10. März 1924, vorm. 12 Uhr. Öffnung 12 Uhr. Zuschlagsfrist 3 Wochen. B.500
Billungen, 16 Febr. 1924.
Bahnbauinspektion.

hof Hornberg an der Schwarzwaldbahn werden auf Grund der Verordnung des bad. Finanzministeriums vom 3. Jan. 1907 öffentlich vergeben. Die Massen betragen beiläufig: Fundamentausfuhr 8600 Kubikmeter, Felsausfuhr 200 Kubikmeter, Fundamentbeton 1800 Kubikmeter, aufgehender Beton mit Granitvorlaststeinen 6700 Kubikmeter, Füllbeton 6500 Kubikmeter, Granitbruchsteinmauerwerk 1600 Kubikmeter, Granitbruchsteingewölbe 1700 Kubikmeter, Mauerwerksabbruch 2000 Kubikmeter, Abbrechen alter vorhandener Eisenbrücken 510 Tonnen. Es kommen nur größere Leistungsfähige Unternehmungen in Betracht, welche Erfahrung im Massivbrückenbau besitzen. Bedingungen und Zeichnungen liegen bei unterzeichneten Stelle auf, wofür ein Ansuchen u. Zeichnungen, soweit der Vorrat reicht, gegen Entrichtung der Erstellungslosten abgegeben werden. Kein Verfaß nach ausräcks. Einreichung der Angebote portofrei mit der Aufschrift: „Hornberger Talübergang“ an uns bis 10. März 1924, vorm. 12 Uhr. Öffnung 12 Uhr. Zuschlagsfrist 3 Wochen. B.500
Billungen, 16 Febr. 1924.
Bahnbauinspektion.

Holzversteigerung
des Forstamts Karlsruhe, Montag, den 25. Februar 1924 aus „Kastanienwäldchen“ vormittags 9 Uhr im „Möller“ in Forchheim. 160 Ster Kuchschichtholz (Eiche, Fichte, Ulme, Ahorn, Buche), 500 Ster Brennholz, 5000 Wellen. Oberforstwart Lehn in Forchheim gibt Auskunft. B.501

Holzversteigerung
des staatlichen Forstamts Rheinbischheim am Donnerstag, den 21. Februar 1924, vormittags 11 Uhr, im Gasthaus zum „Engel“ in Oberbruch aus Dfir. IV Abtsmoor (Hornst. Weier - Oberbruch) Eichen 17,53 Festmeter I.-II., Ahorn 0,91 Festmeter IV., Birken 1,56 Festmeter IV., Eichen 0,51 Festmeter IV.-VI., Eichen 10,87 Festmeter IV. bis V. Klasse. Zahlungsbedingungen gem. Glösch Fin. Min. Fortabteilung v. 15. Jan. 1924 Nr. 694. Die Gebote lauten auf Goldmark. B.502

Badisches Landestheater.
Dienstag, 19. Febr. 7¼, b. n. 10 Uhr. Sp. I 4.20 M.
Abonn. A 14. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 4501-4900.
Die Orestie des Aischylos.

Badische Lichtspiele
Dienstag, den 19. und Mittwoch, den 20. Februar, 8 Uhr abends

Tiefen der Seele
Der Film vom Unbewußten
Hypnose—Suggestion
im Lichte moderner Wissenschaft mit **Vortrag des Herrn Dr. Calbus, Berlin**
Jugendlichen unter 18 Jahren ist der Zutritt verboten.
D.123
Vorverkauf **Musikhaus Müller, Kaiserstraße**
Konzerthaus geheist.

la. Steinkohlen
Koks, Grudekoks
Steinkohlen-u. Braunkohlenbriketts
Brennholz
liefern
Carl August Nietten & Co.
Kohlenhandelsgesellschaft
Hauptbüro: Rheinhafen, Nordbeckenstr. 6
Fernsprecher 982 und 5165
Stadtbüros: Kaiserstraße 118,
Fernsprecher 5506
Durlacher Allee 10 (Vertr.: Wilh. Kaeller)
Fernsprecher 5724
D.14